

Warum die „grüne Wirtschaft“ plötzlich auf dem Rückzug ist – in der EU, den USA und an der Wall Street

geschrieben von Chris Frey | 6. August 2024

Jonathan Miltimore

Im Februar fuhr ein Strom von Traktoren italienischer Landwirte hupend in die Außenbezirke von Rom ein. Die Szene, [aufgezeichnet](#) von Agence France-Presse, war nur eine von Dutzenden von Protesten in ganz Europa gegen EU-Vorschriften, die den Landwirten nach eigenen Angaben die Arbeitslosigkeit drohen lassen.

„Sie ertränken uns mit all diesen Vorschriften“, [sagte](#) ein Landwirt bei einer Demonstration in Pamplona, Spanien, dem Guardian. „Sie müssen die ganzen Richtlinien und die Bürokratie abbauen“.

Die Proteste waren nicht neu. Sie begannen 2019, als niederländische [Landwirte](#) zum ersten Mal mit rund 2000 Traktoren nach Den Haag fahren, um gegen radikale Gesetze zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen zu protestieren, von denen die Landwirte unverhältnismäßig stark betroffen waren.

Der niederländische Gesetzgeber reagierte 2022 mit der Verabschiedung eines Gesetzes, das Landwirtschaftsbetriebe in der Nähe von Naturschutzgebieten verpflichtet, ihre Stickstoffemissionen um 70 Prozent zu senken.

„Ungefähr 30 Prozent der Kühe und Schweine des Landes werden gehen müssen“, [schrieb](#) *The Economist*.

Diese Politik war Teil des Plans der Regierung, die Tierhaltung in Europa drastisch zu reduzieren. Die Überlegung war, dass der Tierhaltungssektor für etwa ein Drittel aller Stickstoffemissionen weltweit verantwortlich ist und die Regierung daher die Landwirte ins Visier nehmen muss, um ihr Ziel zu erreichen, die Stickstoffemissionen bis 2030 zu halbieren.

Die niederländischen Landwirte wurden also vor die düstere [Wahl](#) gestellt: Entweder sie geben einen Teil ihres Landes an die Regierung ab oder es wird ihnen weggenommen. Bis 2023 hatten [Berichten](#) zufolge etwa 750 niederländische Landwirte ihr Land im Rahmen des staatlichen Aufkaufprogramms verkauft. Andere versuchten immer noch, einen Weg zu finden, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Auf die Frage eines Reporters im Jahr 2023, ob er glaube, dass er seinen Hof an seine Kinder weitergeben könne, hatte ein niederländischer Landwirt Schwierigkeiten zu sprechen. „Nein“, sagte er unter Tränen. „Nein.“

Als dieser niederländische Bauer gefragt wurde, ob er glaubt, dass er seinen Hof an seine Kinder weitergeben kann, konnte er seine Tränen nicht zurückhalten.

Dies ist die herzerreißende Realität der [#DutchFarmers](#) im Jahr 2023. Alles wegen Mark Rutte und seiner totalitären Landnahmepolitik.

[@ongehoordnedtv](#) pic.twitter.com/yS8Y757XiT – Eva Vlaardingerbroek (@EvaVlaar) 10. Mai 2023

Der „große Grüne Rückzug?

Die Landwirte sind nicht die einzigen, die mit Brüssels aggressivem Kampf gegen den Klimawandel unzufrieden sind.

Das Bestreben der Europäischen Union, bis 2050 „netto null“ CO₂-Emissionen zu erreichen, hat die Wähler auf dem ganzen Kontinent verärgert, was die politischen Führer offenbar erkannt haben. Anfang dieses Jahres [beklagte](#) The Guardian den „großen grünen Rückzug“ der EU, der einen Rückzieher bei einer ganzen Reihe von „Green New Deal“-Verordnungen beinhaltete, darunter:

- Pläne für strenge neue [Beschränkungen](#) für die Verwendung von Pestiziden.
- [Verbote](#) von PFAS (Per- und Polyfluoralkylsubstanzen), künstlich hergestellten Chemikalien, die in unzähligen Alltagsprodukten [verwendet](#) werden.
- Vorschriften zur Begrenzung neuer Industrieemissionen, die für die Industrie [gelockert](#) und dahingehend geändert wurden, dass Rinderzuchtbetriebe gänzlich ausgenommen sind.
- Forderungen nach einer Lockerung eines anhängigen Anti-Abholzungs-gesetzes, das laut Reuters nach Ansicht von Beamten den europäischen Landwirten schaden könnte.

Ob dieser Rückzug aus der Sorge resultierte, dass diese Umweltvorschriften der Wirtschaft (und den europäischen Landwirten) ernsthaften Schaden zufügen würden, oder aus der Sorge, dass die grüne Agenda zu einem Blutbad an den Wahlurnen führen würde, ist unklar.

Wie dem auch sei, die Kehrtwende konnte die historische Niederlage der grünen Parteien bei den [Wahlen](#) zum Europäischen Parlament im Juni nicht verhindern, bei denen sie ein Drittel ihrer Sitze verloren.

„Es gibt nichts zu beschönigen“, **beklagte** die New York Times nach den Wahlen im Juni, „die Grünen sind abgestürzt“.

Der Politikwissenschaftler Ruy Teixeira **beschrieb** das Ereignis als „Grünen-Schock“: „In Deutschland, dem Kernland der europäischen grünen Bewegung, sank die Unterstützung für die Grünen von 20,5 Prozent im Jahr 2019 auf 12 Prozent“, so Teixeira, der am American Enterprise Institute forscht.

Er fuhr fort:

Schockierenderweise schnitten die deutschen Grünen bei den Wählern unter 25 Jahren sogar schlechter ab als die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD). Dies steht im Gegensatz zu den Wahlen 2019, als die Grünen bei diesen jungen Wählern siebenmal besser abschnitten als die AfD.

Und in Frankreich stürzte die Unterstützung für die Grünen von 13,5 Prozent auf 5,5 Prozent ab. Letztere Zahl liegt nur knapp über der erforderlichen Schwelle für eine Vertretung der Partei im französischen Parlament.

Verbote von heißen Duschen und Schwimmbädern?

Experten auf der ganzen Welt **versuchen** immer noch herauszufinden, warum die grünen Parteien so stark abgestürzt sind, was zu der Frage führt, ob sie überhaupt aufgepasst haben.

Es war nicht nur das harte Durchgreifen in der Landwirtschaft. Angesichts einer **Energiekrise** begannen die Regierungen in ganz Europa mit der Einführung von Vorschriften, die die Europäer zu einem, sagen wir, spartanischeren Lebensstil zwangen.

„Kalte Swimmingpools, kühlere Büros und kürzere Duschen sind das neue Normal für die Europäer“, **berichtet** Business Insider, „da die Regierungen vor dem Winter gegen den Energieverbrauch vorgehen, um Engpässe zu vermeiden.“

Mit anderen Worten: Anstatt mehr Energie zu produzieren oder zu kaufen, begannen die Regierungen, den Energieverbrauch einzuschränken.

Und das war noch nicht alles.

Im Mai 2023, Monate nachdem Deutschland seine letzten drei verbliebenen Kernkraftwerke **abgeschaltet** hatte, **berichtete** die Financial Times, dass viele Deutsche „empört und wütend“ über ein Gesetz waren, das sie zwang, Heizungsanlagen zu installieren, die mit erneuerbarer Energie betrieben werden, die weitaus teurer sind als gasbetriebene Heizkessel.

Die Maßnahme war sogar noch einschneidender als das weitreichende **Verbot** von Benzin-Fahrzeugen in der Europäischen Union, das nur wenige Monate

zuvor beschlossen worden war.

„Die EU hat einen wichtigen Schritt in Richtung emissionsfreie Mobilität gemacht“, [erklärte](#) EU-Umweltkommissar Frans Timmermans auf Twitter. „Die Richtung ist klar: Im Jahr 2035 müssen neue Autos und Transporter emissionsfrei sein.“

Der \$14-Billionen-Dollar-Ausstieg von Wall Street

Die aus Europa stammende grüne Politik hat die Bedenken der Amerikaner kaum zerstreuen können, dass die Klimapolitik der zentralen Planer nicht von einer soliden Wirtschaft getragen wird. Dennoch haben sich viele ähnliche Maßnahmen in den USA durchgesetzt.

Bis März 2024 hatten nicht weniger als [neun](#) US-Bundesstaaten Gesetze verabschiedet, die den Verkauf von Benzin-Fahrzeugen bis 2035 verbieten. In der Zwischenzeit hat die Biden-Regierung vor kurzem eine EPA-Richtlinie bekräftigt, die einen erzwungenen [Ausstieg](#) aus dem Verkauf von Benzinfahrzeugen vorsieht – und das, obwohl die Bemühungen der US-Bundesregierung spektakulär [gescheitert](#) sind, Ladestationen für Elektroautos zu errichten (trotz 7,5 Milliarden Dollar an Fördermitteln).

Trotz staatlicher Subventionen für Elektroautos ist die [Mehrheit](#) der Amerikaner noch immer nicht von ihnen überzeugt, und der stotternde [Markt](#) für Elektroautos hat eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Im Juni meldete der Elektroautohersteller Fisker Inc., der 2011 eine halbe Milliarde Dollar an garantierten Krediten vom US-Energieministerium [erhalten](#) hatte, in Delaware [Konkurs](#) nach Chapter 11 an. (Fisker wurde lange Zeit mit Solyndra [verglichen](#), dem Unternehmen für Solarpaneele, das 2011 in Konkurs ging, nur zwei Jahre nachdem es 535 Millionen Dollar von der US-Regierung erhalten hatte).

Der Konkurs von Fisker kam nur wenige Monate, nachdem die New York Times über eine massive Kapitalabwanderung aus [Climate Action 100](#) berichtet hatte, der weltweit größten Investoreninitiative zum Klimawandel. JPMorgan Chase und State Street zogen alle Gelder ab, während BlackRock, der weltgrößte Vermögensverwalter, seine Beteiligungen reduzierte und „seine Verbindungen zu der Gruppe verringerte“.

„Insgesamt belaufen sich die Schritte auf einen Abfluss von fast 14 Billionen Dollar aus einer Organisation, die den Einfluss der Wall Street nutzen sollte, um die Klima-Agenda zu erweitern“, [berichtete](#) die Times.

Einige Tage nach dem Bericht der Times gab auch PIMCO seinen Austritt aus Climate Action 100+ bekannt. Invesco, das Vermögen im Wert von 1,6 Billionen Dollar verwaltet, [verließ](#) die Organisation nur zwei Wochen später.

„Man kann den Folgen der Realitätsverweigerung nicht ausweichen“.

Es besteht kein Zweifel, dass die grüne Wirtschaft auf dem Rückzug ist, aber die Frage ist, warum?

Erstens wird deutlich – vor allem in Europa, wo Energie knapper und teurer ist –, dass die Menschen grüne Politik zunehmend ablehnen.

Wie Teixera feststellte, mögen es die Wähler nicht, wenn man ihnen vorschreibt, welches Auto sie zu fahren haben und wie sie ihr Essen kochen und ihr Haus heizen sollen. Wenn Sie einen Swimmingpool besitzen, möchten Sie ihn wahrscheinlich auch beheizen können.

Die Politiker reden vom „Ausstieg“ aus den fossilen Brennstoffen, aber in den letzten Jahren haben die Europäer nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine, der die Importe fossiler Brennstoffe unterbrochen hat, eine tatsächliche Verknappung fossiler Brennstoffe erlebt. Die Folge war eine Rationierung der Energie, was den Europäern nicht zu gefallen scheint.

Dies bringt mich zu meinem zweiten Punkt. Grüne Parteien und Umweltschützer hatten vor allem deshalb Erfolg, weil sie die Menschen dazu gebracht haben, sich auf den gewünschten Effekt ihrer Politik zu konzentrieren (die Menschen vor dem Klimawandel zu retten) und die Kosten ihrer Politik zu ignorieren.

Die Politiker scheinen zu begreifen, dass ihre Politik mit Kompromissen verbunden ist, weshalb ihre Verbote und Klimaziele meist 10, 15 oder 30 Jahre in die Zukunft reichen. So können sie sich im Glanz ihres Klima-Altruismus sonnen, ohne sich mit den wirtschaftlichen Folgen ihrer Politik auseinanderzusetzen.

Dies ist einer der wichtigsten Unterschiede zwischen Wirtschaft und Politik. In der Ökonomie geht es darum, die Realität von Kompromissen zu verstehen, in der Politik hingegen geht es in erster Linie darum, diese Realitäten zu ignorieren oder zu verschleiern.

Nur wenige verstanden dies besser als der Wirtschaftswissenschaftler Henry Hazlitt, der [Autor](#) von Economics in One Lesson, der immer wieder über die Tendenz der Politiker schrieb, die sekundären Folgen ihrer Politik zu übersehen, die für „neun Zehntel der wirtschaftlichen Irrtümer verantwortlich sind, die heute in der Welt so schrecklichen Schaden anrichten“.

Eine Zeit lang konnten die Politiker die sekundären Folgen ihrer Politik ignorieren. Aber jetzt bekommen die Wähler endlich einen Vorgeschmack auf die Kosten der grünen Politik, und das gefällt ihnen nicht.

„Man kann der Realität ausweichen“, bemerkte Ayn Rand einmal, „aber man kann nicht die Folgen der Realitätsvermeidung vermeiden.“

Ein „ehernes“ Gesetz

Die Angst vor dem Klimawandel hat den Progressiven und Grünen in den letzten Jahrzehnten zu mehr wirtschaftlicher Kontrolle verholfen, aber

auch die Angst hat ihre Grenzen.

Teixera verweist auf Roger Pielke, Jr., einen Professor der University of Colorado Boulder, der 2009 über das „[eherne Gesetz der Klimapolitik](#)“ schrieb.

„Klimapolitik, so heißt es, erfordert Opfer, da Wirtschaftswachstum und ökologischer Fortschritt zwangsläufig unvereinbar sind“, schrieb er. „Diese Sichtweise ist sogar in die Szenarien des IPCC eingebaut worden“.

Ob man diese Prämisse – dass Wirtschaftswachstum und ökologischer Fortschritt zwangsläufig unvereinbar sind – akzeptiert, spielt keine Rolle. Wichtig ist, dass die Wirtschaft gewinnt, wenn die Politik des Wirtschaftswachstums mit den Zielen der Emissionssenkung kollidiert.

Es ist eine Sache zu sagen, dass die Benzinpreise 9 Dollar pro Gallone betragen sollten, wie es der Physiker Steven Chu einst tat, weil der Klimawandel eine große Bedrohung darstellt. Eine andere Sache ist es, dies zu sagen, während man versucht, Energieminister zu werden, wie Chu es 2012 bei seiner Aussage vor dem Senat tat:

Senator Mike Lee: „Sie teilen also nicht mehr die Ansicht, dass wir herausfinden müssen, wie wir die Benzinpreise in Amerika erhöhen können?“

Chu: „Ich teile diese Ansicht nicht mehr... Natürlich wollen wir nicht, dass der Benzinpreis steigt, sondern dass er sinkt.“

Man kann dies das „eherne Gesetz der Klimapolitik“ nennen, oder man kann es gesunden Menschenverstand nennen. (Wer will schon, dass Benzin 9 Dollar pro Gallone kostet?) Im Wesentlichen geht es darum, dass hochtrabende Umweltziele mit der wirtschaftlichen und politischen Realität kollidieren.

Dieses Phänomen ist auch in der Präsidentschaft von Joe Biden auffallend. Gleich am ersten Tag hat der Präsident die Keystone XL-Pipeline (aus unerklärlichen Gründen) abgelehnt und später die globale Erwärmung zu einer größeren existenziellen Bedrohung als einen Atomkrieg [erklärt](#).

Dennoch rühmte er sich später damit, dass seine Politik die Benzinpreise [senke](#) und er eine [rekordverdächtige](#) US-Ölproduktion überwachte.

Dies ist das eherne Gesetz der Klimapolitik, und es erklärt, warum die grüne Wirtschaft plötzlich überall auf der Welt auf dem Rückzug ist.

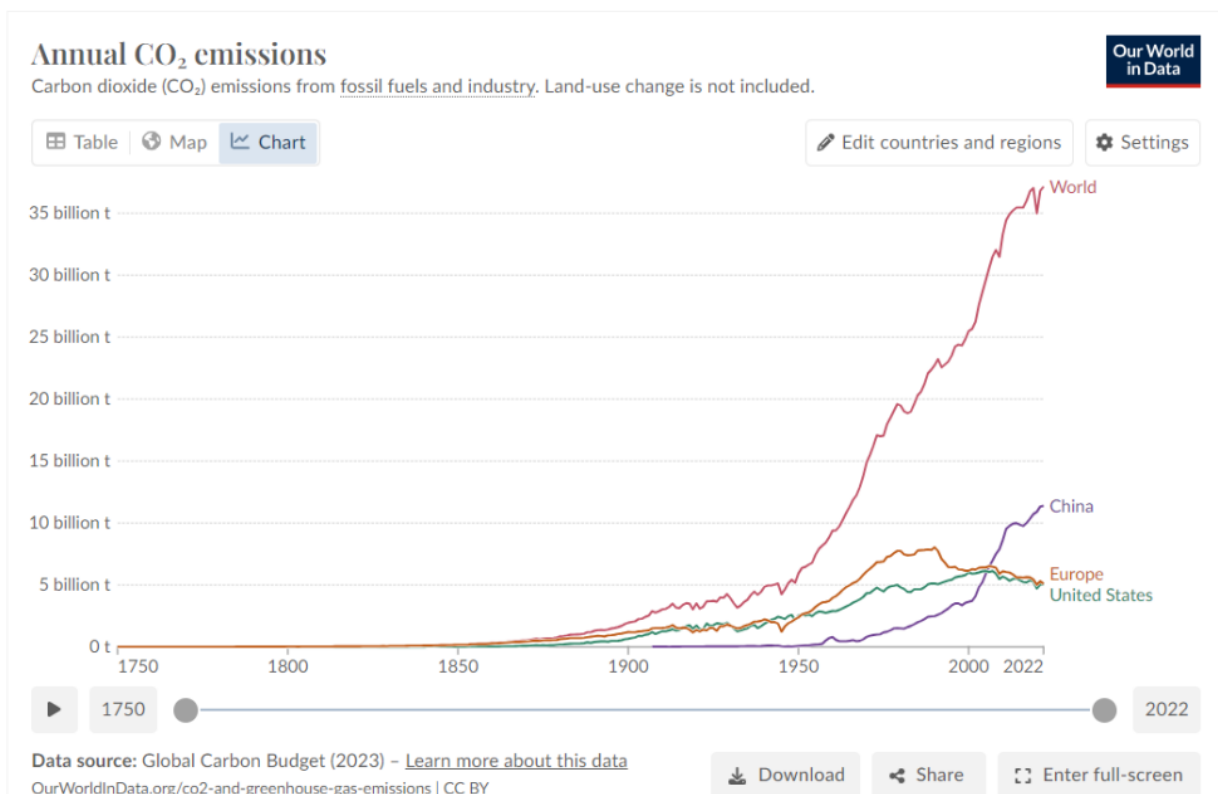
Nicht-so-„grüne“ Politik

Die Realität ist, dass die grüne Agenda mit großen Kompromissen verbunden ist, was Europäer, Amerikaner und die Wall Street endlich zuzugeben beginnen.

Aber die europäische Energiepolitik war nicht nur unpopulär, vieles davon war nicht einmal „grün“.

Zunächst einmal sind Elektrofahrzeuge **kaum** das ökologische Allheilmittel, als das sie von vielen angepriesen werden. Tatsächlich benötigen Elektrofahrzeuge im Durchschnitt viel mehr Energie als mit Benzin betriebene Fahrzeuge und werden oft mit Strom aus fossilen Brennstoffen angetrieben. Das bedeutet, dass E-Fahrzeuge ihren eigenen Kohlenstoff-Fußabdruck hinterlassen, und der ist in der Regel viel größer als den meisten bewusst ist.

Eine Analyse des Wall Street Journal ergab, dass die Umstellung aller Privatfahrzeuge in den USA auf E-Fahrzeuge die globalen CO₂-Emissionen nur um 0,18 Prozent reduzieren würde. Dies würde praktisch nichts an der Entwicklung der weltweiten CO₂-Emissionen ändern, die nicht durch europäische oder US-amerikanische Privatfahrzeuge, sondern durch Schwellenländer wie China verursacht werden.



Und dann ist da noch die bizarre Entscheidung Deutschlands, aus der Kernenergie auszusteigen. Trotz eines **Plädoyers** einer Gruppe von Wissenschaftlern (darunter zwei Nobelpreisträger) in letzter Minute, die den Gesetzgeber aufforderten, dies nicht zu tun, weil es den Klimawandel verschärfen würde, hat Deutschland seine letzten drei Kernkraftwerke – Emsland in Niedersachsen, Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg und Isar 2 in Bayern – *mitten in der Energiekrise abgeschaltet*.

Dieser Schritt hat viele Menschen auf der ganzen Welt verblüfft. Schließlich ist die Kernenergie sauberer und sicherer als jede andere

Energiequelle, so die [Schätzungen](#) von Our World in Data. Noch bizarrer ist, dass Deutschlands Ausstieg aus der Kernenergie, der 2011 begann, mit einer [Rückkehr zur Kohle](#) zusammenfiel.

Die Entscheidung Deutschlands, die Kohleproduktion hochzufahren und die letzten Kernkraftwerke abzuschalten, steht kaum im Einklang mit der Auffassung der EU, dass der Klimawandel eine ernste Bedrohung für die Menschheit darstellt, wie viele bemerkten.

„Keine Geringere als Klimawandel-Evangelistin Greta Thunberg hat öffentlich argumentiert, dass Deutschland um des Planeten willen der Nutzung seiner bestehenden Kernkraftwerke Vorrang vor der Verbrennung von Kohle geben sollte“, [sagte](#) der Journalist Markham Heid bei Vox.

In den USA, wo die Kernenergie seit Jahrzehnten von Politikern und Umweltschützern angegriffen wird, hat der Senat in aller Stille (mit 80:2 Stimmen!) einen Gesetzentwurf zur Förderung der Nutzung von Kernkraftwerken [verabschiedet](#).

Diese Anekdoten verdeutlichen einen wichtigen Punkt: Grüne Politik ist nicht nur unpopulär und unwirtschaftlich, sie ist oft auch sinnlos.

Nur wenige verstehen das besser als die niederländischen Landwirte, die von Politikern, die wenig Ahnung von wirtschaftlichen Abwägungen haben, gezwungen werden, ihre Höfe zu verkaufen.

This piece originally [appeared](#) at AIER.org and has been republished here with permission.

Jonathan Miltimore is the Managing Editor of FEE.org and a Senior Writer at AIER. His writing/reporting has been the subject of articles in TIME magazine, The Wall Street Journal, CNN, Forbes, Fox News, and the Star Tribune.

Link:

<https://cornwallalliance.org/2024/08/why-the-green-economy-is-suddenly-in-retreat-in-eu-us-and-on-wall-street/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE